



Berlin, 01. April 2024

Open-Source-Strategie des Bundes und Kompetenzzentrum Open Source

Entwurf für einen Forderungskatalog

Die Ampel hat im Koalitionsvertrag wichtige Ziele verankert, um die digitale Souveränität zu stärken. Dazu gehören das Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie das Setzen auf offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme. Außerdem ist als Regel festgeschrieben, öffentliche IT-Projekte als Open Source zu beauftragen und bereitzustellen. Entsprechend der Digitalstrategie soll durch den Aufbau von Wissen, Fachkräften und Kapazität sowie den prioritären Einsatz von Open Source Software und die verbindliche Nutzung von offenen Standards die digitale Souveränität auch auf der Seite der Verwaltung stärker in den Fokus genommen werden. Bislang ist davon leider fast nichts umgesetzt, unter anderem auch, weil dringend benötigte Mittel aus einem Digitalbudget oder für das Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) gestrichen wurden.

Wir fordern daher:

Open-Source-Strategie des Bundes:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, zur Umsetzung der selbst gesetzten Ziele aus dem Koalitionsvertrag eine **Open-Source-Strategie für die öffentliche Verwaltung** zu entwickeln. Die Strategie wird die digitale Souveränität Deutschlands voranbringen und eine Investition in ein modernes und agiles IT-Ökosystem der Zukunft sein.

Die Open-Source-Strategie wird in verschiedenen **Handlungsfeldern ein konkretes Zielbild** für die aktuelle und die folgende Legislatur entwickeln. Sie wird Projekte in missionsorientierten Handlungsfeldern sowie Projekte mit ressortübergreifender Hebelwirkung formulieren. Die Projekte werden mit **messbaren** Zielen und Zeitplänen vereinbart, an denen sich die Regierung messen lassen wird. Es erfolgt ein regelmäßiger **Monitoring-Prozess** mit externer und wissenschaftlicher Begleitung.

ZenDiS zum Open-Source-Kompetenzzentrum des Bundes ausbauen:

Zur Umsetzung und Begleitung der Open-Source-Strategie wird das ZenDiS als **zentrale Beratungsstelle und Kompetenzpool** Projekte von Bund, Ländern und Kommunen unterstützen. Das Open-Source-Kompetenzzentrum berät auch in Hinblick auf Einsatz und Beschaffung von Open Source-Lösungen. Die Behörden werden dabei unterstützt, ihre Kosten langfristig zu senken, unabhängiger von Softwareanbietern zu werden und die Sicherheit ihrer IT zu erhöhen.

Mit ZenDiS als Open-Source-Kompetenzzentrum wird ein kontinuierlicher Austausch zwischen Bund, Ländern, Kommunen und relevanten Akteuren etabliert. Im Fokus stehen die Verbesserung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, der Aufbau und die Festigung regionaler Kompetenzen, Unterstützung bei Beschaffungen sowie das Bereitstellen von Standards und Wissen zu Open Source.

Zielsetzungen:

Ziele der Open-Source-Strategie und des Open-Source-Kompetenzzentrums werden insbesondere sein:

- **Starke Erhöhung der Open-Source-Investitionen und -Neubeauftragungen** im Verhältnis zur gesamten Softwarelandschaft.
- Ein **verbindlicher Umsetzungspfad** einschließlich Priorisierung wird den verstärkten Einsatz von Open Source-Lösungen in der Verwaltung sicherstellen. Die Entscheidung über den Einsatz von IT-Lösungen erfolgt transparent und nachvollziehbar anhand von objektiven Kriterien.
- Ein:e **Open Source Beauftragte:r der Bundesregierung** wird benannt, um über die Umsetzung und Förderung der Open Source Politik zu informieren, zu beraten und zu koordinieren.
- Durch regelmäßiges **Monitoring** wird transparent erhoben, wie viel Haushaltsmittel bei der Beschaffung von Open Source Software ausgegeben werden und anhand der Zielmarken im Umsetzungspfad verglichen. Insbesondere wird der prozentuale Anteil von IT-Dienstleistungen im Zusammenhang mit Open-Source Lösungen im Vergleich zu jenen mit proprietären Lösungen prozentual deutlich erhöht. Diesem Ziel dient auch die Umstellung der öffentlichen Verwaltungs-IT auf Open Source basierte Software bis zum Auslaufen von aktuellen Rahmenverträgen mit den großen Anbietern von Büro-, E-Mail und Datenbanksoftware, mit der Vereinbarung von durch Behörden einfach und unkompliziert nutzbarer Rahmenverträge.
- Eine **Schulungs- und Workshopkampagne** für die Bedeutung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung wird den Anteil von sensibilisierten Entscheider:innen und Nutzer:innen in der öffentlichen Verwaltung messbar erhöhen.
- Entwicklung eines **Maßnahmenprogramms zur Erhöhung der Akzeptanz** der Nutzer:innen von Open Source-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung, die auf offene Kommunikation, Nutzer:innenzentrierung und den Einsatz qualitativ guter und nutzendefreundlicher Produkte setzt.
- Die digitale Souveränität der Verwaltung ist durch Vernetzung mit relevanten Stakeholdern sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Verwaltungsebenen, der EU, des Bundes, der Länder und Kommunen zu stärken. Dazu gehören insbesondere auch die **Koordination, der Austausch und die Verzahnung der Strategien** zur Verwaltungsdigitalisierung und zu Open Source von Bund, Ländern und Kommunen. Fachverfahren in der öffentlichen Verwaltung werden auf Open Source Software umgestellt und zur Nutzung offener Standards verpflichtet.

- Prüfung und Verbesserung u.a. der rechtlichen **Rahmenbedingungen** für den Einsatz von Open Source und die Unterstützung bei der Beauftragung und sicheren Verwendung aktueller Technologien und Entwicklungen im Bereich der Open Source Software. Expertise kann durch extern einzuholende Gutachten ergänzt werden.
- **Moderne Basissoftware für die gemeinsame IT des Bundes**: Basissoftware auf den Arbeitsplätzen der Verwaltung und auf der Serverinfrastruktur muss auf offenen Standards und Open-Source aufbauen, um einerseits die digitale Souveränität zu erhöhen und andererseits eine nahtlose Integration in Fachverfahren und effizientere Bürgerservices zu ermöglichen. Die hohe Abhängigkeit des Staates von einzelnen Anbietern proprietärer Software bei zentralen Bausteinen ist nicht mehr hinzunehmen. Insbesondere bei grundlegenden und behördenübergreifenden Bedarfen wie der elektronischen Aktenführung, der Verwaltung von E-Mails, Terminen und Kontakten, bei Kollaborationstools für die interne Zusammenarbeit ist Abhilfe zu schaffen. Statt dessen ist das entsprechende Open Source Ökosystem zu nutzen/aufzubauen. Dazu werden die Einrichtungen des Bundes wie ZenDiS und ITZ Bund mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet.
- Der **Souveräne Arbeitsplatz openDesk** des Bundes als einheitlicher Behörden-Desktop, bestehend aus einem Paket an freier Open Source Software, der derzeit von BMI und ZenDiS entwickelt wird, kann zukünftig in jeder Kubernetes-fähigen Cloud betrieben werden. Für ein zeitnahes Rollout und die Bereitstellung eines umfangreichen Supports für die Migration auf den neuen Arbeitsplatz fordern wir entsprechende Haushalts- und Personalressourcen als Investition in die Zukunft bereitstellen.
- Sofortiger Beginn der Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten **Open Source Multi-Cloud Strategie** durch Beauftragung einer auf Open-Source basierenden Cloud für die öffentliche Verwaltung, mit dem ein gemeinsames Ökosystem aufgebaut wird, das gemeinsame Interoperabilitätsstandards definiert und zur Referenzimplementierung für föderierte Dienste in der öffentlichen Verwaltung wird.
- Die **IT-Einrichtungen des Bundes**, wie das Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS), werden mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet, insbesondere mit den Personal- und Haushaltsmitteln, damit die öffentliche Verwaltung künftig über essentielle Basistechnologien der Verwaltung auf Open-Source Basis souverän verfügen kann, Migrationshilfe leisten kann und Rahmenverträge mit Dienstleistern für Open Source schließt.
- Insbesondere wird das **Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS)** umgehend mit den erforderlichen Ressourcen zur Erfüllung dieser und der weiteren Aufgaben im Bereich der Digitalisierung ausgestattet, damit die öffentliche Verwaltung künftig über essentielle Basistechnologien der Verwaltung auf Open-Source Basis souverän verfügen kann. Dazu gehört eine deutliche Aufstockung des Budgets und der personellen Ressourcen für das ZenDiS, um die Entwicklung und Implementierung von Open-Source-Projekten wie Open CoDE und openDesk effektiv zu unterstützen. Die Bundesländer sind am ZenDiS zu beteiligen, um die digitale Souveränität und IT-Sicherheit auf allen Verwaltungsebenen zu stärken. Der Bund wird den Ländern dazu

zeitnah ein Konzept vorschlagen, um Strukturen und Verfahren für eine Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse aufzubauen.

- Weiterentwicklung einer **zentralen Software- und Quellcode-Plattform der Öffentlichen Verwaltung** auf Basis von Open CoDE zur unkomplizierten und rechtsicheren Nutzung und Austausch von Software-Paketen von Arbeitsplatz-Software über Basis-, Querschnitt- und Infrastrukturdienste sowie Fachverfahren bis zu Server-/Cloud-Software. Durch die zentrale Ablage von offenen Quellcodes wird die Wiederverwendung und gemeinsame Arbeit an Softwarelösungen der Öffentlichen Verwaltung zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft gefördert. Neu- und Weiterentwicklungen mit öffentlicher Finanzierung sollen grundsätzlich dort dokumentiert und in Quellcode sowie ausführbaren Paketen hinterlegt werden (public money, public code). Die Weiterentwicklung von Software-Projekten wird von einem Projektträger durch Beratung, Bereitstellung von Tools, Austauschformaten und Hackathons unterstützt.
- Entwicklung einer Open-Source basierten **Entwicklungsplattform für Low Code und No Code**, die es Mitarbeitenden mit wenig technischen Einstiegshürden erlaubt, mit einfachen Mitteln Vorgänge zu digitalisieren und automatisieren, ohne auf technisch oft ungeeignete und kurzfristig gedachte Hilfstools wie Excel oder ähnliches ausweichen zu müssen. Lösungen werden transparent und austauschbar zur Verfügung gestellt, können wiederverwendet und weiterentwickelt werden. Low Code und No Code sind Entwicklungsansätze, die es der Verwaltung ermöglichen, Anwendungen mit minimalem bis gar keinem Programmieraufwand durch visuelle Schnittstellen und Drag-and-drop-Funktionen zu erstellen, wodurch sie schneller und zugänglicher als traditionelle Programmierung sind. Gefundene Lösungen sollen allen Behörden der Kommunen, Länder und des Bundes zur Wiederverwendung und Anpassung an eigene Bedürfnisse zur Verfügung stehen.
- Im Rahmen der Open Source Strategie fordern wir, dass die öffentliche Verwaltung bei **Beschaffung von Hardware (IKT)** den Anteil modularer und reparierbarer Produkte, die auf Open Source Software und Open Hardware Lizenzen basieren, erhöht. Dies fördert Nachhaltigkeit, langfristige Software-Unterstützung, Unabhängigkeit von einzelnen Herstellern, senkt langfristige Kosten und stärkt die digitale Souveränität.
- Die **Open-Source-Community** soll bei der Normung und Standardisierung unterstützt werden, um Kompatibilität und Qualität zu sichern. Die Gemeinnützigkeit für Open-Source-Projekte soll dazu anerkannt werden, um steuerliche Vorteile und finanzielle Unterstützung zu ermöglichen.

Begründung

Die Stärkung der digitalen Souveränität durch die Förderung von Open Source und offenen Standards ist zentrales Anliegen der Ampelregierung. Dennoch ist festzustellen, es fehlt an konkreter Umsetzung und finanzieller Unterstützung, etwa wurden die Mittel für das Zentrum Digitale Souveränität (ZenDiS) massiv gestrichen.[1] Wir müssen daher die Entwicklung einer Open-Source-Strategie auf Bundesebene in Fokus nehmen, die

Einrichtung eines Open-Source-Kompetenzzentrums zur Beratung und Unterstützung, die verstärkte Investition in Open Source in der Verwaltung und die Schaffung moderner, sicherer und unabhängiger IT-Systeme durch die Verwendung von Open Source Software und offenen Standards, um Lock-In-Effekte zu vermeiden, die IT-Sicherheit zu erhöhen und eine breite digitale Kompetenz zu fördern.

Fußnoten: [1] Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage von Anke Domscheit-Berg u.a. zur Bedeutung von Open Source Software im Bund und die Stärkung der digitalen Souveränität der Bundesverwaltung

[https://mdb.anke.domscheit-berg.de/wp-content/uploads/231205_KA_OpenSource-Beschaffungswesen-Antwort-BuReg_Geschwaerzt.pdf]

Aktuelle Informationen und Updates:

<https://spdnetz.de/pg-opensource/>

Kontakt:

Volkmar Stein

Co-Vorsitzender
SPD Forum Netzpolitik

v.stein@spdnetz.de

+49 173 855 2777

Twitter: @s_volkmar

Facebook: <http://fb.me/spdnetzpolitik>

www: <https://spdnetz.de>

SPD Landesverband Berlin
Kurt-Schumacher-Haus | Müllerstr. 163 | 13353 Berlin